

HASS, BEDROHUNGEN & GEWALT GEGEN KOMMUNALPOLITIKER*INNEN



Fotos v. l.: © wellphoto - Fotolia.com | Nomad_Soul - Fotolia.com

BUNDESWEITE SITUATION

- Wir beobachten eine besorgniserregende Entwicklung: Hass, Bedrohungen und Anfeindungen gegenüber Kommunalpolitiker*innen haben in den vergangenen Jahren deutlich zu genommen. Aktuelle Umfragen der Zeitschrift KOMMUNAL und der forsa belegen, dass fast $\frac{3}{4}$ der Bürgermeister*innen in ihrer Gemeinde Erfahrungen mit Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen – und das sogar mehrfach – gemacht haben. Noch im Jahr 2019 war es weniger als die Hälfte.
- Die Situation spitzt sich auch aufgrund der Corona-Pandemie weiter zu. Fast 30 Prozent der befragten Bürgermeister*innen bestätigen das laut der jüngsten Umfrage von KOMMUNAL.
- Von Anfeindungen sind nicht nur hauptamtliche Bürgermeister*innen betroffen, sondern auch eine Vielzahl an ehrenamtlichen. Dabei ist Hass und Hetze im Netz ein besonderes Problem, weibliche Kommunalpolitiker*innen sind besonders betroffen. Auch die Familien, Kinder und Freunde werden angefeindet.
- Wir reden also nicht mehr über Einzelfälle, sondern über ein bundesweites Problem in allen Parteien, Regionen und allen Stadt- und Gemeindegrößen. Dies bestätigen auch die polizeilichen Kriminalstatistiken, die einen enormen Anstieg der Straftaten vor allem im Coronajahr bestätigen. 2020 gab es 57 Prozent mehr politisch motivierte Straftaten gegen Politiker*innen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als noch 2019 (2629). Der Hass kommt dabei nicht nur von Extremisten, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern, sondern auch mitten aus der Gesellschaft.
- Dabei wird zunächst oft nur auf Politiker*innen auf Landes- und Bundesebene geschaut. Die kommunale Ebene rückt erst viel später in den Blick der Öffentlichkeit. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat hier sicherlich einen Wendepunkt dargestellt und eine stärkere öffentliche Debatte ausgelöst.
- Die Folgen sind fatal: Während einige den Anfeindungen Stand halten und erst recht weiter machen, trauen sich andere nicht mehr ihre Mei-



nung zu sagen, einige ziehen sich zurück, treten zurück von ihren Ämtern, andere treten gar nicht mehr an. Die ohnehin anspruchsvollen Ämter werden zunehmend unattraktiver. Viele fühlen sich mit dem Problem allein gelassen und sind der Meinung, sie müssten das „aushalten“.

- Wir brauchen all die Menschen, die bereit sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen und zu tragen. Sie sind das Fundament, auf dem das Gebäude der Demokratie ruht.
- Obendrein sei daran erinnert: Die Kommunalpolitiker*innen bilden die größte Gruppe der Man-

datsträger im Land. Gut 21.950 Mandate werden in Kreistagen bzw. Stadträten kreisfreier Städte und 169.450 Mandate in Gemeinderäten bekleidet – im Gegensatz zu insgesamt knapp 2.700 Mandaten deutscher Politiker*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

- Die Situation ist paradox: Auf der einen Seite ist das Vertrauen der Bürger*innen in ihre Kommunalvertreter gerade in Zeiten der Pandemie besonders hoch, auch das müssen wir sehen und anerkennen. Die Schere derjenigen, die Hass verbreiten und derjenigen, die sich hinter ihre Kommunalpolitiker*innen stellen, geht also weit auseinander.

WAS KANN GETAN WERDEN, UM DIESE SITUATION ZU VERBESSERN?

Wir müssen an das Thema von zwei Seiten herangehen: Einerseits präventiv, um Hass und Anfeindungen vorbeugen zu können und andererseits repressiv, um Straftaten konsequent entgegentreten zu können.

WAS IST PRÄVENTIV ZU TUN?

- Wir müssen dem Thema eine größere Aufmerksamkeit schenken und stärker sensibilisieren: Es ist an der Zeit, Vorfälle dieser Art nicht mehr zu tolerieren oder als Einzelfälle zu bezeichnen und Kommunalpolitiker*innen damit sich selbst zu überlassen.
- Wir haben schon viel erreicht, in dem sich der Bundespräsident persönlich der Thematik angenommen und sich schützend vor die Kommunalvertreter*innen stellt. Dennoch: Es bedarf einer noch breiteren gesellschaftlichen und öffentlichen Debatte über unsere demokratische Kultur, über die Notwendigkeit und Akzeptanz vielfältiger demokratischer Meinungen und über strukturelle Ansätze zur Stärkung der Politiker/innen vor Ort.
- Die Zivilgesellschaft, aber vor allem auch die politischen Parteien, müssen sich stärker hinter ihre Kommunalpolitiker*innen stellen, Schutzmaßnahmen mit unterstützen, Beratungsstrukturen aufbauen. Da ist nicht nur der Staat gefordert, etwas zu tun.
- Wir brauchen flächendeckende speziell auf Kommunalpolitiker*innen zugeschnittene Hilfs- und Beratungsangebote: Hier gehen einige Länder, wie NRW, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hessen und Bayern voran, in dem dort konkrete Ansprechpartner und Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet wurden, die die Betroffenen unterstützen und die strafrechtliche Verfolgung erleichtern können. Andere stehen hier jedoch noch am Anfang.
- Wir benötigen mehr Prävention im Bereich der politischen Bildung in den Schulen, der Jugendarbeit bis zu Demokratiewerkstätten vor Ort. Das ist neben guten und gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland aus unserer Sicht der Schlüssel, um Hass und Hetze erst gar nicht entstehen zu lassen.



WAS MÜSSEN WIR TUN, UM DIE STRAFRECHTSVERFOLGUNG ZU ERLEICHTERN?

- Wir benötigen einen Gesetzesrahmen, um Hass und Anfeindungen im Netz im erforderlichen Umfang anzeigen, verfolgen und ahnden zu können und soziale Netzwerkbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen. Der DStGB begrüßt ausdrücklich, dass das Gesetzespaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität nun endlich in Kraft treten kann. Neben der verstärkten Präventions- und Aufklärungsarbeit ist es ein zentraler Baustein im Kampf gegen Hass und Hetze im Netz. Insbesondere der verstärkte Strafrechtsschutz für kommunale Amts- und Mandatsträger, Erleichterungen bei Strafanträgen sowie die Meldepflichten von strafbaren Hasspostings gegenüber der Zentralstelle beim Bundeskriminalamt wurden von den kommunal Engagierten, die sich tagtäglich für das Gemeinwohl und unsere Demokratie stark machen, dringend erwartet.
- Eine wichtige Strafrechtslücke sollte bei der Bekämpfung gegen Hasskriminalität gegenüber Kommunalpolitiker*innen jedoch dringend noch geschlossen werden. Diese sind vor Nachstellungen und sogenannten diffusen Drohungen, wie „*Fühl dich nicht so sicher*“, „*Wir können jederzeit zuschlagen*“, trotz des nun verabschiedeten Gesetzespakets noch immer nur unzureichend geschützt. Wir fordern daher, dass insbesondere das „Stalking“ von Kommunalpolitiker*innen im Netz unter Strafe gestellt wird. Aktuell wird der Stalking Paragraf § 238 StGB reformiert. Dies muss genutzt werden, um einen eigenen Tatbestand des sogenannten Politiker-Stalkings aufzunehmen (§238a StGB).
- Sicherheitsbehörden und Justiz in den Ländern und beim Bund müssen v. a. im Hinblick auf digitale Gewalt im Netz besser geschult werden und im Hinblick auf zunächst niedrigschwellig wirkende Gewalt sensibilisiert werden und Anzeigen konsequent weiterverfolgen. Hier sind die Innenministerien der Länder angesprochen, aktiv zu werden.



WAS MACHEN WIR ALS DStGB?

- Zur Unterstützung der Kommunalpolitiker*innen bietet der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Landkreistag Dialogveranstaltungen an, um sich untereinander auszutauschen, Kommunikationsstrategien zu entwickeln und Verbündete zu finden.
- Der DStGB arbeitet gemeinsam mit der Körber Stiftung, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag an einer Online-Plattform, die Hilfs- und Unterstützungsangebote für betroffene Bürgermeister*innen sichtbar machen und ein großes Netzwerk aufbauen soll.
- Der DStGB arbeitet an einer validen Datenbasis mit dem Bundeskriminalamt und weiteren wissenschaftlichen Partnern, um die aktuelle Situation, die Entwicklung in den kommenden Jahren und das bundesweite Ausmaß von Hass und Bedrohungen auf kommunaler Ebene erfassen und eine Grundlage für konkrete Maßnahmen schaffen zu können.
- Der DStGB wirkt aktiv gemeinsam mit seinen kommunalen Landesverbänden daran mit, dass Strafrechtslücken geschlossen und Straftaten konsequent verfolgt und geahndet werden können.

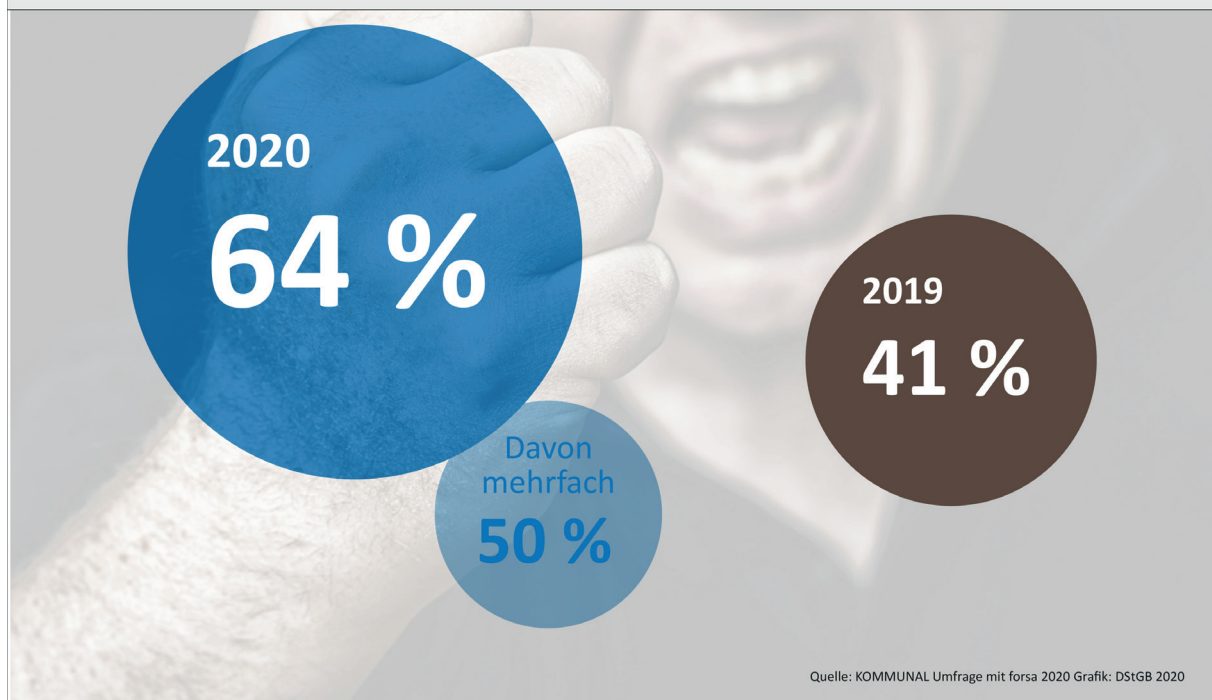


UMFRAGE GEWALT GEGEN KOMMUNALPOLITIKER

„Sind Sie **im Rahmen Ihrer Tätigkeit** selbst schon einmal **beleidigt, beschimpft, bedroht** oder sogar **tätlich angegriffen** worden?“



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



BELEIDIGUNGEN GEGENÜBER MITARBEITERN DER GEMEINDE HABEN IN DER CORONA-KRISE ZUGENOMMEN



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

